

DER KOMMUNEN-PODCAST

Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen

kommune360.de/kommunenpodcast

Staffel 1 | Jünger wählen ab 16, 14 oder 0 Jahren?

Folge 8 | 01.03.2022

Jünger wählen

DER KOMMUNEN-PODCAST ist ein Podcast von Kommune 360°, einer Initiative von PHINEO, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis Stiftung. Die erste Staffel entsteht in Zusammenarbeit mit dem Programm "Jugend entscheidet" der gemeinnützigen Hertie Stiftung und wird zusätzlich gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Kommunenpodcast. Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen. #00:00:10#

Antonia Kyeck: Das wichtigste Kriterium für die wirkliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist, dass diese ihre Interessen selbst formulieren und dass sie selbst dafür einstehen können. Das bedeutet, dass sie selbst wählen gehen. #00:00:25#

Jörg Maywald: Das Recht, Vertreterinnen und Vertreter des Volkes zu wählen ist ein zentrales Menschenrecht, das nicht an eine Altersgrenze geknüpft ist. Wir müssten eigentlich umgekehrt fragen, was uns berechtigt, jungen unter 18-Jährigen dieses Recht vorzuenthalten. #00:00:43#

Jörg Maywald: Für Generationengerechtigkeit wäre wichtig zu sagen, dass die jungen Leute ihre Stimme nutzen dürfen. #00:00:50#

Annegret Richter: Herzlich willkommen zu einer neuen Folge des Kommunen-Podcast. Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:Innen. Mein Name ist Annegret Richter. Ich freue mich sehr, dass Sie dabei sind. Wir wagen uns mit unseren Fragen diesmal einen Schritt weiter. Ich weise vor dem Einstieg ins Thema auf unsere nächste und letzte Episode für diese Staffel des Kommunen-Podcasts hin. Dann wird die neue Bundesfamilienministerin Anne Spiegel bei uns zu Gast sein und mit uns über Kinder- und Jugendbeteiligung sprechen. Das sollten Sie auf gar keinen Fall verpassen. Ich gehe zurück zum Thema wir haben uns in den bisherigen Episoden intensiv darüber auseinandergesetzt, wie Kinder- und Jugendbeteiligung gelingen kann. Es ist klar warum wir das getan haben. Es



ist wichtig, jungen Menschen zuzuhören und sie an politische Teilhabe heranzuführen. #00:01:55#

Valerie Sedelmeier: Hallo. Mein Name ist Valerie und ich setze mich für eine Absenkung des Wahlalters ein, weil ich meine, dass in einer Demokratie die Stimme jedes Bürgers gelten sollte. Die Interessen von Kindern sind andere, als die Erwachsener. Ich sehe die Festlegung auf 18 Jahre als willkürlich. Die Juniorwahl von 2021 zeigt, dass Kinder nicht wirklich anders wählen als Erwachsene. Meine Forderung an die Politik ist, dass jede Stimme unabhängig vom Alter zählt. Ich finde, die Interessen von Kindern werden nicht gehört. #00:02:35#

Annegret Richter: Das sagt Valerie Sedelmeier. Sie und ihre Geschwister sind alle zwischen zehn und 17 Jahre alt und fordern gemeinsam die Absenkung des Wahlalters. Das führt uns zu der Frage, ob Beteiligungsprojekte ausreichen, um Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Müssen wir nicht viel mehr wagen? Was ist mit der Absenkung des Wahlalters auf 16, 14 oder sogar null Jahre? 68 Prozent der Deutschen sind laut einer Spiegel Umfrage von Herbst 2021 dagegen. Auf Bundesebene und unter den älteren Mitbürgerinnen und Bürgern ist das der Fall. Nicht einmal unter den jüngeren Deutschen gibt es eine klare Mehrheit dafür, obwohl es auf der kommunalen und der Länderebene schon gute Erfahrungen mit dem Wahlrecht ab 16 gibt. Das ist in Brandenburg, Baden-Württemberg oder Bremen der Fall. Es gibt mehr gute Argumente dafür. Aktuelle politische und gesellschaftliche Herausforderungen wie die Corona Pandemie oder die Klimakrise zeigen, dass junge Menschen langfristig von politischen Entscheidungen betroffen sind, sie aber nicht aktiv mitbestimmen können. Das politische Interesse junger Menschen stieg in den letzten Jahren stark an. Das

offensichtlichste Beispiel dafür ist die Fridays for Future Bewegung. Daher sehen wir uns heute genauer an, was für eine Absenkung des Wahlalters spricht und warum sie noch nicht stattgefunden hat. Dafür lud ich Prof. Dr. Jörg Maywald ein. Er ist Experte für Kinderrechte und -Schutz und setzt sich seit langem für die Absenkung der Wahlaltersgrenze ein. Antonia Marie Kyeck ist außerdem zu Gast. Sie ist Kreisjugendleiterin und Vorsitzende des Ausschusses Ehrenamtlicher Dienst im DRK Kreisverband Berlin Schöneberg Wilmersdorf e.V. Antonia Kyeck ist 20 Jahre alt und durfte bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst das erste Mal wählen. Auch sie kämpft seit vielen Jahren für die Absenkung des Wahlalters. Ich freue mich sehr, dass Sie beide heute hier bei uns im Podcast sind. #00:04:46#

Antonia Kyeck: Hallo. Vielen Dank, dass wir hier sein können.

Jörg Maywald: Hallo. #00:04:47#

Annegret Richter: In unserer Rubrik nachgefragt hören wir heute, was Jörg Tremmel zu unserem Thema zu sagen hat. Er ist Projektleiter bei der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Wir kommen nun zu Ihnen, Professor Maywald und Frau Kyeck. Ich komme zunächst zu Herrn Maywald. Sie sind großer Verfechter der Absenkung des Wahlrechtalters. Das ist Ihnen seit vielen Jahren sehr wichtig. Können Sie beschreiben, warum und wie es dazu kam, dass Sie sich des Themas besonders eingegeben haben? #00:05:15#

Jörg Maywald: Das Recht, Vertreter:innen des Volkes für die politische Vertretung wie den deutschen Bundestag wie auf Länder- und Kommunenebene zu wählen ist ein ganz zentrales Menschenrecht, das nicht an eine Altersgrenze geknüpft ist. Wir müssten umgekehrt fragen, was uns berechtigt, jungen unter 18-Jährigen dieses Recht vorzuenthalten. Wir müssen die Wahlaltersgrenze Stück für Stück reduzieren, um auch die Interessen junger Menschen mehr als bisher in die politische Diskussion einzubringen. Sie sind von vielen Entscheidungen wie Klimafragen und Staatsverschuldungsfragen besonders betroffen. #00:06:03#

Annegret Richter: Frau Kyeck, Sie setzen sich auch für die Absenkung des Wahlalters ein. Warum ist das für Sie wichtig? #00:06:10#

Antonia Kyeck: Die Europawahl im Mai 2019 hat den entscheidenden Ausschlag gegeben. Viele meiner

Freundinnen waren schon 18 und ich noch nicht, da ich im Oktober geboren bin. Ich erfuhr am eigenen Leib, wie es ist von einer Entscheidung, die meine Zukunft betrifft, ausgeschlossen zu werden. In dem Fall war ich nur knapp fünf Monate zu jung. Spätestens das hat in mir ausgelöst, dass ich viel darüber nachgedacht habe, was irgendetwas berechtigt, darüber zu entscheiden, dass ich fünf Monate zu jung bin. Gleichzeitig dachte ich auch: Wenn eben das Ganze fünf Monate später stattgefunden hätte, wäre ich dann qualifizierter dafür gewesen, eine Entscheidung zu treffen? Vermutlich eher nicht. Herr Maywald sagte es auch. Wer hat denn das Recht zu entscheiden, dass genau dann der Zeitpunkt ist, ab dem ich qualifiziert bin, eine Entscheidung über meine Zukunft zu treffen, während ich es vorher nicht bin? Die Erfahrung war sehr eindrücklich für mich und brachte den Ausschlag, dass ich mich dafür final einsetzen wollte, dass sich was ändert. #00:07:24#

Annegret Richter: Es geht immer wieder darum, dass junge Menschen in ihrer Persönlichkeit gefestigt sind und unabhängige Meinungen bilden können. Gibt es entwicklungspsychologisch ein Alter, ab dem ein junger Mensch wirklich in der Persönlichkeit gefestigt ist? Oder ist es so wie sie sagen: Ich habe mich doch eigentlich nicht verändert in diesen vier, fünf Monaten? Was macht denn das Alter? Das ist ja auch nur eine fiktive Grenze. Wie sehen Sie das, Herr Maywald? #00:07:54#

Jörg Maywald: Die Frage ist, ob das überhaupt ein berechtigtes Kriterium sein darf. Kognitive und soziale Reife sind aus gutem Grund keine Gründe, jemandem das Wahlrecht zuzugestehen oder vorzuenthalten. Dieselbe Frage müssten wir bei sehr alten Menschen auch stellen. Ab wann ist die kognitive Fähigkeit möglicherweise nicht mehr gegeben? Vor wenigen Jahren hatten wir eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das entschied, dass Menschen mit geistiger Behinderung auch selbstverständlich das Wahlrecht haben müssen. Es ist übrigens keine Wahlpflicht, sondern ein Wahlrecht. Auch hier könnte man sich fragen, ob das eigentlich Menschen sind, die die ausreichenden Fähigkeiten dazu besitzen. Es ist ja gerade ein Zeichen dieses Wahlrechts als Menschenrecht, dass wir es nicht an bestimmte Bedingungen knüpfen. Natürlich kann man Ihre Frage tatsächlich auch entwicklungspsychologisch beantworten. Jedes Kind ist etwas anders. Da wissen wir, dass Kinder zwischen 12 und 14 Jahren fähig sind, abstrakte Entscheidungen zu treffen, multiperspektivisch zu denken und globale Perspektiven mit einzubeziehen. Das geschieht etwa zu Beginn der Jugendzeit. #00:09:13#

Annegret Richter: Wie sehen Sie das, Frau Kyeck? Sollte es eine entwicklungspsychologische Grundlage geben, auf der das Wahlalter basiert? Oder sollte man das Recht haben, egal wie alt man ist, da das Argument keine Rolle spielen sollte, wie Herr Maywald sagt? #00:09:28#

Antonia Kyeck: Ich gehe da mit Herrn Maywald mit. Entwicklungspsychologisch gibt es für jede:n von uns ein Alter, in dem wir uns beispielsweise mehr von den Eltern lösen. Ich denke aber zum einen nicht, dass dieses Alter pauschalisierbar ist. Das hängt von vielen Faktoren ab. Es ist nicht möglich, zu definieren, dass man ab Alter xy alleine gefestigte Entscheidungen treffen kann. Ginge man danach, müssten wir mit allen Menschen psychologische Gutachten durchführen, um zu entscheiden, ob sie die Reife besitzen. Wie Herr Maywald sagte, ist dann aber immer noch nicht ausgeschaltet, dass genau das keine Voraussetzung für das Wahlrecht sein sollte. Man kann es entkräften, dass jüngste Kinder das Wahlrecht eventuell nicht wahrnehmen werden. Es ist kein Wahlzwang, sondern nur das Recht. In allen Altersgruppen gibt es Menschen, die das Recht nicht wahrnehmen. Das Argument, das gäbe es vermehrt in jüngeren Altersgruppen ist sicherlich berechtigt. Es wird sicher ein geringerer Anteil bei drei bis sechsjährigen als bei dreißigjährigen wählen gehen. Ich denke doch, den Menschen sollte es möglich sein zu wählen, wenn sie es möchten. #00:10:58

Jörg Maywald: Darf ich da nochmal ansetzen? Nehmen wir ein anderes Menschenrecht wie das Recht auf Versammlungsfreiheit. Ich habe noch nie ein dreijähriges Kind gesehen, das eine Demonstration angemeldet hat. Dennoch hat das kleine Kind selbstverständlich das Recht auf Versammlungsfreiheit, so wie es alle Menschenrechte genießt. Wir müssen also auch beim Wahlrecht zwischen der Inhaberschaft eines Rechtes unterscheiden, die ohne Altersgrenze jedem Menschen zusteht. Ein Mensch, eine Stimme wäre ja hier das Prinzip. Die Ausübung des Rechts hat Belange, bezüglich primär junger Kinder, die dafür sprechen, dass die meisten Kinder das erst ab einem bestimmten Alter wahrnehmen.

Annegret Richter: Ein immer wieder gegen die Absenkung des Wahlalters gebrachtes Argument ist, dass junge Menschen vermeintlich leichter durch ihr Umfeld beeinflussbar sind. Das sind Eltern, Freunde und Social Media. Wie stehen Sie dazu, Herr Maywald?

Jörg Maywald: Wir sind alle beeinflusst, was wünschenswert ist. Politische Bildung ist eine Beeinflussung. Wir werden informiert und informieren uns hoffentlich auch

über Wahlprogramme aktiv und interessieren uns für politische Themen. Die Beeinflussung ist also nicht nur unvermeidbar, sondern gewünscht. Wir müssen uns aber gegen Ausübung unzulässigen Drucks gegen Kinder und Jugendliche wenden, wenn sie beispielsweise zur Wahl gedrängt werden. Da müssen wir sehr aufpassen. Aber an sich ist die Beeinflussung überall gegeben. In Deutschland hatten wir mehrfach die U18 Wahlen. Als Test konnten unter 18-Jährige - ohne dass es zählte - wie bei der Bundestagswahl einer Partei ihre Stimme geben. Ich fand interessant, dass die Unterschiede zwischen den unter und den über 18-Jährigen bei der Bundestagswahl nicht weit auseinandergingen. Es fanden keine extremen Parteien besonderen Zuspruch bei jungen Menschen. Es gab nur kleine Unterschiede. Würde die Wahlaltersgrenze abgesenkt, hätten alle Parteien die gleichen Chancen davon zu profitieren. Und vor allem – und das ist aus meiner Sicht sehr wünschenswert - würden sie ihre Wahlprogramme ändern und sich viel mehr für die Interessen junger Menschen aussprechen. #00:13:37#

Annegret Richter: Ich komme nochmal zum Beginn der von Herr Maywald beantworteten Frage. Frau Kyeck, haben Sie das Gefühl, dass Sie als junger Mensch durch Social Media und Menschen beeinflusst sind oder hatten sie das Gefühl, eine freie Meinungsbildung gehabt zu haben? Ist da eine Beeinflussung, die vielleicht auch eher positiv ist oder trifft das für alle Erwachsenen genauso zu? #00:14:10#

Antonia Kyeck: Ich breche Ihre Frage in zwei Teile. Ich glaube, ich war durchaus beeinflussbar. Wer von uns ist aber nicht beeinflusst? Ich wurde in einem sehr politischen Haushalt groß. Meine Mutter ist Politologin und arbeitet seit Langem zum Thema Menschenrechten. Das hat mich beeinflusst. Ich wurde damit groß, dass Menschenrechte einen enormen Stellenwert haben und dass deren Verteidigung sehr wichtig ist. Das hat mich natürlich in meiner Entwicklung und der Bildung meiner politischen Meinung beeinflusst. Dennoch oder gerade dadurch, dass ich in einem Haushalt in dem politische Bildung wichtig war aufwuchs, hatte ich das Gefühl, mir eine eigene Meinung bilden zu können. Die ist sicher etwas beeinflusst. Aber das ist sie bei jedem. In unserer Welt wird in Social Media, omnipräsenten Plakaten und Werbung in Zeitschriften ständig Beeinflussung gegeben. Die Frage ist, wie wir mit dieser Beeinflussung umgehen. Mich persönlich hat das eher dazu gebracht, das ich in der Lage dazu war, mir eine eigene Meinung zu bilden. Ich knüpfte bei den von Herr Maywald angesprochenen U18 Wahlen an. Mein jüngerer Bruder wurde ähnlich zu

mir sozialisiert und er wählte in den U18 Wahlen. Die Ergebnisse seiner und meiner Schule zeigten genau was Herr Maywald ansprach. Das Ergebnis war fast ein Abbild der eigentlichen Bundestagswahl. Es gab sicherlich leicht andere Tendenzen. In die verschiedenen Altersgruppen aufgeteilt gab es die aber auch bei der echten Bundestagswahl. Die gab es auch. Es haben aber auch nicht 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen die Grünen gewählt. Das wird gerne angeführt. Es waren auch keine anderen extremen Parteien. Es war ähnlich wie in älteren Altersgruppen verteilt. #00:16:31#

Annegret Richter: Sie sprachen was sehr wichtiges an. Sie wurden in einem Haushalt groß, in dem politische Debatten geführt wurden und wo es Teil des Diskurses war. Welche Rollen spielen Lehrer:innen und Bezugspersonen, die sich mit Politik auseinandersetzen und dann eben an diese Wahlteilnahme heranführen? Und auch an dieses Problem, was ja die ganze Zeit hier im Raum steht, dass es eigentlich dieses Wahlrecht geben sollten. Auch wenn man es nicht wahrnimmt. Man sollte es schon im frühen Alter als Kind und Jugendlicher wahrnehmen können. #00:17:06#

Antonia Kyeck: Ich glaube, es ist von enormer Wichtigkeit. Es ist noch nicht so lange her, dass ich selber Abitur gemacht habe. Während ich Politikwissenschaften als Leistungskurs hatte, habe ich habe mit Menschen zusammen Abitur gemacht, die zwölf Jahre Schule absolviert haben und keine einzige Stunde zu politischer Bildung hatten. Das hat sich zumindest in Berlin geändert und Unterricht in politischer Bildung ist schon in der Mittelstufe verpflichtend. Ich weiß nicht, wie es in anderen Bundesländern ist. Das sowie die Rolle der einzelnen Lehrer:innen ist von enormer Wichtigkeit. Wir brauchen allgemein Menschenrechtsbildung, da wir die Rechteinhaber:innen darüber informieren müssen, welche Rechte sie haben. Nur wenn alle von ihren Rechten wissen, können sie für ihre Rechte eintreten. Ich merkte in meinem direkten Umfeld, dass es sehr schwer ist, wenn diese Bildung wegfällt. Ich wurde in einem dahingehend sehr vorbelasteten Haushalt groß. Ich hatte den direkten Vergleich zu Menschen, die ohne politische Bildung durch die Schule gingen. Die haben einen ganz anderen oder gar keinen Bezug zu Wahlrecht. Gerade bei der Europawahl ist das so, da die EU gefühlt weit weg ist. Wenn dessen Relevanz von Lehrkräften nicht verdeutlicht wird, ist es einfacher, zu sagen: „Es betrifft mich nicht!“ als wenn schon in frühen Jahren klar wird, dass es uns alle sehr wohl betrifft. #00:18:56#

Jörg Maywald: Ich beleuchte es aus einer anderen Perspektive. Ich denke, für eine Gesellschaft ist es riskant, darauf zu bauen, dass auf Knopfdruck mit 18 Jahren politische Reife entsteht und dann auch demokratisch gewählt wird. Es braucht Vorbereitung, Information, Bildung, gute Vorbilder. Das meine ich nicht parteipolitisch. Schon Kitakinder und nicht erst Schulkinder brauchen die Erfahrung, wertgeschätzt zu werden und mitmischen und etwas durch Äußerungen beeinflussen zu können. Ebenso müssen sie sich mal einer Mehrheit fügen und sich Kompromissen beugen. Diese Dinge müssen früh gelernt werden. Politische Sozialisation gehört für mich wie die entsprechende Bildung von Beginn an dazu. Familie spielt für mich eine große Rolle. Aus gutem Grund müssen das auch die Bildungseinrichtungen als zentrale Aufgabe vornehmen. #00:19:50#

Annegret Richter: Welche Fähigkeiten sehen Sie da als besonders wichtig, um als informierter Mensch in eine Wahl reingehen zu können, Herr Maywald? Was brauchen junge und vielleicht sogar ältere Menschen mit Wahlerfahrung, um das Gefühl zu haben, die Wahl sei die freie Meinungsbildung? #00:20:11#

Jörg Maywald: Ich glaube, es geht im Grunde um das Einsehen, Verständnis und Kennenlernen, dass Entscheidungen des Einzelnen Auswirkungen auf Alle in der Gesellschaft haben. Was ich tue hat auch Wirkung auf das insgesamt in der Gesellschaft stattfindende und umgekehrt. Für dieses Verständnis braucht es die berühmten Soft Skills und primär emotionale, soziale Fähigkeiten. Man kann sich in andere hineinversetzen, andere Perspektiven einnehmen, Konsequenzen des eigenen Tuns überblicken, Respekt vor der Meinung anderer haben und tatsächlich Kompromisse bei Entscheidungen eingehen können. Man muss sich auch mal selbst behaupten können und zu einer Meinung stehen können. Das sind wichtige, zu einer demokratischen Gesellschaft gehörende Fähigkeiten. #00:21:16#

Antonia Kyeck: Ich knüpfe da an. Das sind Soft Skills, die zu vermitteln Aufgabe sämtlichen pädagogischen Personals ist. Das geht weit über Lehrkräfte allgemein und Lehrkräfte politischer Bildung. Das kann auch im Sportverein und Ehrenamt und vielen Stellen stattfinden und muss es auch. Nur so können wir uns mündige Bürger heranziehen, die eine Entscheidung für sich treffen können, die Einfluss auf die Mitmenschen hat. Nur so können wir umgehen, dass wir davon ausgehen, dass Menschen die 18 werden, schon in der Lage zur Entscheidung sind. Die sind ja schließlich 18. #00:22:03#

Annegret Richter: Wollen Sie was dazu sagen, Herr Maywald?

Jörg Maywald: Ja. Ich habe eine Ergänzung. Ich bin sehr kinderrechtlich orientiert. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt für alle Menschen bis 18 Jahre. Die kennt den eigenen Artikel 42, der Kindern das Recht zubilligt, ihre Rechte zu kennen. Menschen- und Kinderrechtsbildung ist ein zentraler Bildungsinhalt. Das ist interessant. Man sehe sich an, was die Kinderrechtskonvention als Bildungsziele darstellt. Es geht da um Menschenrechtskenntnis, Achtung vor natürlicher Umwelt, vor anderen und der eigenen Kultur. Das sind ganz zentrale Elemente, die für demokratisches Zusammenleben von hoher Bedeutung sind. #00:22:50#

Annegret Richter: Das ist nochmal ein wichtiger Punkt. Und was da auch mit reinspielt: Kinder und auch Jugendliche gehen ja auch mit offenen Augen durch ihre Umwelt. Gerade bei Wahlen findet eine starke Präsentation der Wahlinhalte und Kandidaten statt. Ich erlebte es mit meinen eigenen Kindern. Die interessieren sich ja schon, was da am Laternenpfahl hängt und was man damit macht. Wie kann man diese Inhalte vermitteln? Wo können Schulen und andere Bildungseinrichtungen da ansetzen und sagen: „Wir wissen, was ihr seht und was euch die Öffentlichkeit liefert. Wir wollen euch aber helfen, damit sinnvoll umzugehen.“ #00:23:34#

Jörg Maywald: Folgender Hinweis ist mir sehr wichtig. Wir sollten uns davor hüten, Druck auf Kinder und Jugendliche auszuüben. Das ist mir sehr wichtig. Ich erinnere mich noch sehr gut: Als mein eigener, jüngster Sohn 13 war, standen Bundestagswahlen an. Ich habe ihn gefragt: „Was würdest du tun, wenn du jetzt die Möglichkeit hättest zu wählen? Würdest du tatsächlich zur Wahlurne gehen?“ Er meinte damals: „Nein Papa. Fußball ist mein Ding!“ Da müssen wir wirklich aufpassen. Heute studiert er Geschichte und Politik. Zwei Jahre später hätte er sich sicher anders geäußert. Mir ist sehr wichtig, dass Kinder einerseits ein Recht auf politische Bildung haben und dass sie die Themen vermittelt bekommen sollten. Es gibt auch den Schonraum der Kindheit. Der ist sehr wichtig. Man kann nicht oft genug sagen, dass das Wahlrecht ein Recht ist, und keine Verpflichtung. #00:24:35#

Annegret Richter: Es ist gut, dass Sie das so klar feststellen. Wäre die Absenkung des Wahlrechts auf 16, 14 oder null Jahre, weil es eben das Recht aller sein sollte, wie ein Menschenrecht eben ein Recht aller ist – wäre das eine

Möglichkeit auch Überalterung der Gesellschaft entgegenzuwirken, also auch in der Abbildung wie eine Wahl sich dann darstellt? Denn wenn weniger junge Menschen sowieso existieren, wenn denn jüngere Menschen dann auch ihre Stimme abgeben könnten, wäre es auch gerechter gegenüber den vielen Älteren, die seit vielen Jahren wählen dürfen. #00:25:10#

Jörg Maywald: Eine Absenkung der Wahlaltersgrenze wäre sicher ein wichtiger Baustein hin zu mehr Generationengerechtigkeit. Bei der letzten Bundestagswahl im letzten September war der/die durchschnittliche Wähler:in in Deutschland deutlich über 50 Jahre alt. Die Rente ist also im Vordergrund und nicht die Interessen junger Menschen. Mir ist auch wichtig zu sagen, dass es viele alte Menschen gibt, die sich hervorragend für die Belange junger Menschen einsetzen. Man darf nicht alles über einen Kamm scheren. Statistisch betrachtet setzen sich ältere Menschen schon eher für die Interessen ihrer Generationen ein. Da braucht es ein Gegengewicht, das auch die Interessen der heranwachsenden Generation der Kinder und Jugendlichen entsprechend berücksichtigt. So bestünde die Chance, im politischen Aushandlungsprozess berücksichtigt zu werden. Übrigens, und das ist mir auch sehr wichtig, das deutlich zu machen, im Interesse aller Generationen. Denn es geht hier nicht um einen Generationenkampf, sondern eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen. #00:26:27#

Antonia Kyeck: Das ist ein sehr spannender Punkt. Im Bundestagswahlkampf letztes Jahr erlebte ich, dass es in Richtungen abdriftet. Viele bekamen die Kommentare mit: Wir sollen mit unseren Omas sprechen und sie überzeugen, für uns zu wählen. Der falsche Weg der Problembewältigung, ist einen Streit zwischen den Generationen zu eröffnen. Das Wahlrecht ist ein Menschenrecht. Es ist also gut begründet, dass Menschen aller Altersgruppen wählen. Die Lösung wäre also auch nicht, das Wahlalter ab 80 oder einem beliebigen Alter zu deckeln. Die Lösung muss sein, alle dürfen wählen. Wir sehen dann, wer das wahrnimmt oder nicht. Wir können vorher überlegen, wie es vermutlich sein wird. Für Generationengerechtigkeit wäre es wichtig, dass die jungen Leute ihre Stimme nutzen dürfen. #00:27:28#

Annegret Richter: An dieser Stelle wollen wir hören, was Jörg Tremmel zur Absenkung des Wahlalters zu sagen hat. Er ist Projektleiter bei der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und hat schon 2014 eine Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet. Letzten Herbst begleitete er den

Wahleinspruch der Fridays for Future Aktivist:innen Franziska Wessel und Linus Steinmetz zur Bundestagswahl. #00:27:55#

Nachgefragt

Jörg Tremmel: Wir haben das gemacht, weil schon im Grundgesetz steht, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Das steht in Artikel 20 zwei. Es ist ja wohl unstrittig, dass auch die junge Generation zum Volk gehört. Insofern sollte ihnen auch die Beteiligung an der Staatsgewalt und die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen zustehen. Es gibt noch das Argument der allgemeinen und gleichen Wahl. Das ist Artikel 38, Absatz eins im Grundgesetz. Das heißt, bestimmte Bevölkerungsgruppen dürfen nicht aus politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen werden. Damit ist klar, dass unvereinbar ist zu prüfen, ob ein Wähler geistig in der Lage ist, sozusagen vernünftig zu wählen. In dem Aspekt ist es absurd, junge Menschen, die sich zum Teil seit mehreren Jahren in der Klimabewegung engagieren, pauschal vom Wahlrecht auszuschließen. Am 22. September 2013 war die Bundestagswahl. Zwei Monate später machten wir den Einspruch gegen die Wahl. Bei dem Einspruch war die Hälfte der Unterzeichner des Einspruchs unter und die andere Hälfte über 18. Unter 18-Jährige dürfen nämlich eine Wahl gar nicht anfechten. Nur die Wahlberechtigten dürfen eine Wahl anfechten. Der Antrag war, die Bundestagswahl zu annullieren, für ungültig zu erklären, weil der Kreis der Wahlberechtigten zu klein war. Es hätte sein können, dass ein anderes Ergebnis rauskommt, wenn auch die unter 18-Jährigen hätten mitwählen dürfen. Daraufhin gab es eine Sitzung des Wahlprüfungsausschusses. Dieser Ausschuss teilte am 8. Mai des Folgejahres mit, dass unser Einspruch abgelehnt wird. Das erst eröffnete den Klageweg. Man kann nicht direkt vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Ein dreiviertel Jahr nach der Wahl im Juli haben wir die Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Eineinhalb Jahre später erhielten wir die Antwort: Das war ein Urteil, was unsere Wahlprüfungsbeschwerde verworfen hat. Es war erstmal ein großer Erfolg, so weit zu kommen. 98 Prozent aller Anträge beim Bundesverfassungsgericht werden getötet. Es ist also ein großer Erfolg und es ist extrem unwahrscheinlich, dass sich das wiederholen lässt. Das Bundesverfassungsgericht sagte de facto, der Gesetzgeber müsse es unterscheiden. Im Straf- und Zivilrecht haben wir unterschiedliche Altersgrenzen. Wir haben eine für Alkohol- und Zigarettenkonsum, die

Volljährigkeitsgrenze, die Grenze der Religionsmündigkeit. Alles ist uneinheitlich geregelt. Somit ist es nicht nachvollziehbar zu sagen, dass wir beim Grundrecht des Wahlrechts die Grenze von 18 ziehen. Politische Reife – wie auch immer man diesen vagen Ausdruck definieren will – die nimmt zwischen 15 und 18 nicht mehr wesentlich zu. In Brandenburg war bei der Landtagswahl 16 und in Sachsen 18. Dennoch wählen die jungen Leute fast identisch. Es gibt also keine empirischen Belege für die Behauptung, die Reife sei nicht gegeben. Wir wünschen uns ein Wahlrecht ohne feste Altersgrenze, allerdings auch kein Wahlrecht von Geburt an. Wir wollen kein Wahlrecht für Babys oder Kleinkinder, da das automatisch von den Eltern wahrgenommen würde. Wir wollen, dass junge Menschen ab dem Zeitpunkt wählen können, an dem sie es selbst wollen. Das nennen wir Wahlrecht durch Eintragung. Das bedeutet, dass man unabhängig vom Alter zum Wahlamt gehen kann und sagen kann: „Ich möchte ab jetzt wahlberechtigt sein.“ Ab dem Moment bekäme man die Wahlkarte zugeschickt. Ab dem Moment ist eine de facto Altersgrenze von 10 bis 12 Jahren, wo man sich das frühestens vorstellen kann, gegeben. Das ist berechtigt. Es ist keinem Unrecht getan, wenn er nicht wählen will. Jede feste Altersgrenze von 16 oder 14 ist willkürlich. Es wird immer Einzelfälle geben, in denen das ungerecht ist. #00:32:24#

Annegret Richter: Für junge Menschen gibt es schon jetzt recht viele Möglichkeiten, ihre politischen Sichtweisen mit Beteiligungsformaten, auf kommunaler Ebene oder über ehrenamtliches Engagement, Demonstrationen, Fridays for Future einzubringen. Da verschafften viele junge Leute ihrer Stimme eine Aufmerksamkeit. Petitionen sind ein Beispiel. Wieso ist so wichtig, dass das Wahlalter und das besprochene Wahlrecht tatsächlich abgesenkt wird? Reicht es nicht, dass es die anderen Möglichkeiten gibt? Ich frage provokant. #00:33:13#

Jörg Maywald: Ich würde es nicht gegeneinander auspielen. Es ist vermutlich so, dass unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort, in der Kommune, in der Schule, Kita und so weiter für die Bewusstseinsbildung sowie die politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen von ganz besonderer Bedeutung sind. Es sind die gemachten Erfahrungen einer Gruppe: „Wir haben etwas erreicht! Wir haben etwas durchgesetzt! Oder wir haben eben auch mal eine Niederlage einstecken können.“ Das ist ganz sicher wichtig. Es ist andererseits, ohne das gegeneinander auszuspielen, wichtig, sich früh mit den Regeln einer repräsentativen Demokratie zu beschäftigen. Da sind die Wahlen von besonderer

Bedeutung. Wenn wir mal gewählt haben, dann können wir nur hoffen, dass die Politiker:innen halbwegs vernünftige Entscheidungen treffen. Für das Allgemeinwesen hat es eine enorme Bedeutung. Wir sollten nicht warten, bis die Menschen 18 Jahre alt sind. #00:34:10#

Annegret Richter: Wollen Sie was dazu sagen, Frau Kyeck?

Antonia Kyeck: Grundsätzlich bin ich auch der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, das eine gegen das andere auszuspielen. Wir haben immer Menschen in allen Altersgruppen, für die nur das eine oder andere der individuell richtige Weg ist, sich einzubringen. Manchmal würde ich gerne provokant folgendes auf diese Frage erwidern: Wenn mein fiktives Gegenüber 30 Jahre alt ist – „Gut, ich nehme dir dein Wahlrecht weg. Du darfst dich jetzt gerne noch wo anders einbringen.“ Das ist natürlich nicht die Lösung des Problems. Aber ich finde, das verdeutlicht gut, wie absurd diese Frage vom Grundgedanke her eigentlich ist. Menschen, die jetzt gerade wählen dürfen, würden wir niemals vorschlagen: „Ich nehme es Ihnen weg, aber Sie dürfen sich gerne woanders weiter mitspielen.“ Weil uns das völlig absurd vorkommt. Was gibt uns das Recht zu entscheiden, dass man es Menschen unter 18 wegnehmen oder verwehren darf? Aber ihr dürft gerne woanders mitmachen. Das finde ich nicht angemessen. #00:36:17#

Annegret Richter: Sie bringen ein gutes Beispiel. Keiner möchte bereits erfahrene Freiheiten, Rechteausübungen wieder aufgeben. Das ist klar. Ich habe anschließend daran eine Frage an Herrn Maywald. Sie meinten, man solle es nicht gegeneinander ausspielen, weil beides sind Wege der Beteiligung und des politischen Engagements. Gerade bei Beteiligungsprojekten vor Ort ist die Selbstwirksamkeit und Motivation, weil man auch sieht, welche Ergebnisse dabei rauskommen, da die Wege oder Prozesse kürzer sind – das ist ja oft auch viel näher an den Menschen dran, als eine abstrakte Wahl. Das gilt gerade für Kinder und Jugendliche. Man muss das auch erstmal greifen können. Wie stehen Sie dazu, wie dieser Konflikt auflösbar ist, wenn Wahlen auch ein wichtiger Aspekt der politischen Beteiligung sind? #00:36:11#

Jörg Maywald: Mit dem Thema schlagen sich viele politische Parteien herum. Wer wird als junger Mensch heute noch Mitglied einer Partei? Einige sind es noch. Viele Jugendliche und schon Kinder wollen lieber andere Beteiligungsformen nutzen. Es ist dann projektbezogen, zeitlich begrenzt und es sind digitale Beteiligungsmöglichkeiten.

Da sind übrigens gerade Parteien aufgefordert, nicht mehr allein traditionell auf die langjährige Mitgliedschaft zu setzen. Da sollte man sich den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen und projektbezogene Beteiligung ermöglichen. Es muss in diese Richtung gehen. Junge Menschen sind weniger an eine Partei gebunden, als viele Ältere. Sie switchen auch mal etwas von links nach rechts und umgekehrt. Die Zukunft wird sein, dass wir auch über die digitalen Möglichkeiten Menschen viel mehr als früher an Entscheidungen beteiligen können. Das sollten wir auch nutzen. #00:37:16#

Annegret Richter: Frau Kyeck, Sie meinten, Sie seien in einem sehr politisierten Haushalt aufgewachsen. Wie sehen Sie die Beteiligungsprojekte, an denen man direkt mitarbeiten kann versus den Wahlen, die ja doch sehr abstrakt sind? #00:37:32#

Antonia Kyeck: Beteiligungsprojekte sind eine hervorragende Möglichkeit für Menschen, für die sich wählen gehen z.B. anfühlt nach etwas, was super weit weg ist. Wahlen finden alle vier oder fünf Jahre statt. Das ist sehr selten. Und wie Herr Maywald gesagt hat: Danach können wir uns nur drauf verlassen, dass die Leute, die wir gewählt haben, das Versprochene ausüben. Beteiligungsformate sind eine hervorragende Möglichkeit, um sich einzubringen, auch über eine längere Zeit. Sicherlich geht die Tendenz gerade eher dazu, dass sich kürzer eingebracht werden will. Das Gefühl wäre aber, jeden Tag und jede Woche was verändern zu können. Ich kann was verändern. Mit Hochrechnungen kann man verstehen, welchen Unterschied es macht, ob ich wählen gehe oder nicht. Aber in einem direkten Kontakt wie in einem Ehrenamt oder anderen Beteiligungsformaten können junge Menschen ganz anders erleben, welchen Unterschied ihr Wirken machen kann. Das ist wichtig und das kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass wir politisch informierte Kinder und Jugendliche haben, die sich in unserem Land entwickeln können. Die eben nicht mit 18 ins kalte Wasser geschmissen werden und dann gesagt wird: „Los hier, jetzt entscheide dich.“ Die wachsen anders auf und werden anders daran herangeführt und können fundierte Entscheidungen treffen. #00:39:10#

Annegret Richter: Wie stehen Sie zu dem von Herrn Maywald gerade angesprochenen Problem, dass sich Parteien Gedanken machen müssen, wie die Ansprache junger Leute überhaupt stattfinden soll? Weil es diese Parteibindung eigentlich so nicht mehr gibt, wie es noch vor 20 bis 40 Jahren der Fall war. #00:39:30#

Antonia Kyeck: Ich kann es aus eigener Erfahrung nachvollziehen. Nicht aus einer Partei, aber wir haben im DRK im Endeffekt das gleiche Problem: Junge Menschen sind weniger bereit dazu, Papierkram auszufüllen und irgendwo beizutreten. Sei es eine Partei, ein Verein oder eine andere Art von Zusammenkunft von Menschen. Das erfordert ein längerfristiges Kommitment. Ich glaube, es ist dann an den Parteien, sich zu überlegen, was sie tun können, damit sich das ändert und andere Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, die nicht eine Mitgliedschaft und ein strenges Ausfüllen von Papierkram und Anwesenheit verschiedener Gremiensitzungen erfordern. Sie sollten kurzfristiger und remote möglich sein. Wir hatten es jetzt mit Corona. Aber ich kenne es auch unabhängig von Corona, aus meinem Umfeld, dass Menschen ins Ausland gehen für ein Auslandssemester oder Praktikum oder FSJ im Ausland. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten. Sie bräuchten sich dann gerne weiter ein, haben aber oft nicht die Möglichkeit. Corona führte dazu, dass durch den Zwang sich viele Stellen weiterentwickelt haben und gemerkt haben, dass es auch online geht, wenn es muss. Das muss auch nach Corona möglich bleiben. Ich freue mich sehr auf Präsenztreffen. Es ist aber wichtig, diese Möglichkeit zu haben, um junge Menschen zum Engagement zu bringen und sie darin zu halten. Das gilt parteipolitisch und anders gesellschaftlich. #00:41:20#

Annegret Richter: Absolut. Es gibt ja alternative Ideen zu einem herabgesetzten Wahlalter. Ich würde gerne darüber sprechen, was Sie davon halten. Einerseits gibt es das Stellvertreterwahlrecht, bei dem die Eltern für ihre Kinder wählen können. Ein anderer Vorschlag ist von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist ja die Wahlaltersgrenze auf 16 zu legen. Unter 16-Jährige sollen sich aktiv beim Amt eintragen lassen, wenn sie früher wählen wollen. Wie stehen Sie dazu, Herr Maywald? #00:41:50#

Jörg Maywald: Ich trete für eine intelligente Kombination ein. Zunächst gibt es einen rechtlichen Widerspruch. In Artikel 20, Absatz zwei in unserem Grundgesetz heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Es heißt nicht, vom volljährigen Volke. Kinder und Jugendliche sind natürlich Teil des Volkes. Das ist ein Artikel. Einige Artikel später in Artikel 38, Absatz zwei heißt es, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, sei wahlberechtigt. Zwischen den beiden Artikeln besteht ein deutlicher Widerspruch, wofür wir eine Lösung finden müssen. Ziel muss sein: Ein Mensch, eine Stimme. Das scheint mir eigentlich sehr klar zu sein. Eine intelligente Kombination heißt für mich, dass wir drei Punkte berücksichtigen sollten. Es ist

einmal mindestens die Reduktion auf 16 Jahre. Ich kann mir auch 14 vorstellen. Ab 16 hat also jede:r das Recht, eigenständig zu wählen. Zweitens kann ich mir sehr gut vorstellen, den Vorschlag der Stiftung für Rechte zukünftiger Generationen aufzugreifen. Wenn ein Kind zu einem früheren Alterszeitpunkt wählen möchte, geht er oder sie zu einer entsprechenden staatlichen Behörde, trägt sich ins Wählerregister ein und kann dann durch einen einfachen Willensakt schon früher an Wahlen teilnehmen. Drittens: Wir werden dann einen Teil von Kindern haben, die einfach zu jung sind. Ich mache mir durchaus Sorgen, da es sicher Kinder geben wird, die von ihren Eltern unter Druck gesetzt werden. Ein Elternteil könnte einer Partei angehören und sehr gespannt sein, welche Partei die Mehrheit bekommt. Da könnte er das eigene Kind unter Druck setzen: „Mensch, gehe unbedingt wählen. Es wird sowas von knapp. Wähle selbstverständlich die Partei, die mir genehm erscheint!“ Um den Druck auf die jungen Menschen zu verhindern, sollte die Möglichkeit der Stellvertretung bei sehr jungen Kindern gewährleistet werden. Das gilt genauso in anderen Bereichen. Das Recht auf einen Kitaplatz ist das Recht des Kindes und nicht der Eltern. Da die Kinder so jung sind, können die Eltern das Recht auf den Kitaplatz im besten Interesse des Kindes wahrnehmen und das Kind anmelden. Im Wahlrecht ginge es genauso. Alle drei Elemente scheinen mir sinnvoll kombinierbar. #00:44:30#

Annegret Richter: Vielen Dank für die ausführliche Beschreibung der Möglichkeiten, die es gibt, um zeitnah und klug die Altersgrenze zur Wahl herabzusetzen. Wie stehen Sie dazu, Frau Kyeck? #00:44:44#

Antonia Kyeck: Ich bin natürlich für das Ziel der Meinung, dass erstmal viele Wege nach Rom führen können. Uns ist auf jeden Fall geholfen, wenn wir in irgendeiner Form dieses Wahlalter 18 aufweichen und davon wegkommen. Ich bin persönlich große Verfechterin der Absenkung des Wahlalters auf null. Ich finde, es steht allen Menschen zu. Es ist ein sehr persönliches Recht. Ich finde es persönlich schwierig, wenn Bestrebungen dahin gehen, es übertragen zu können. Ich verstehe gut die dafürsprechenden Punkte. Ich glaube aber, dass eine:n Stellvertreter:in zu haben, niemals die eigene Meinungsäußerung ersetzen kann. Außerdem fällt damit auch der symbolische Gang zur Wahlurne weg. Ich kann es für mich selbst sagen. Zur Bundestagswahl musste ich Briefwahl beantragen, da ich am Wahlwochenende nicht zuhause war. Sehen wir uns an, wie es in Berlin lief, war das vielleicht gut so. Dennoch fehlte für mich der symbolische Akt, dass ich zu Wahlurne gehe und für meine Meinung eintreten kann. Es

waren in Berlin viele Wahlzettel. Die konnte ich nicht im Wahllokal einwerfen. Das nimmt dem ganzen einen gewissen empowernden Aspekt. Das wichtigste Kriterium für die wirkliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist, dass diese ihre Interessen selbst formulieren und dass sie dafür selbst einstehen können. Das bedeutet, sie gehen selbst wählen. Die Argumente, die für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 sprechen, deren Befürworter:innen sagen, dass es andere gesetzlich festgelegte Pflichten und Rechte gibt, die mit 14 greifen. Das ist durchaus nachvollziehbar. Kinder dürfen ab 14 Mitglied einer politischen Partei werden. Mindestens eine Absenkung auf 14 sollte möglich sein. Denn bin ich Parteimitglied, möchte ich auch für die Partei wählen können. Das ist mein gutes Recht. Ich sehe die Absenkung auf 14 aber nicht als ultimative Lösung an und würde es als Zwischenergebnis, für das man sich mal auf die Schulter klopf, zufriedengeben. Dann würde ich mich weiter dafür einsetzen, von der 14 noch weiter runterzukommen. #00:47:22#

Annegret Richter: Das sagt Antonia Kyeck. Sie ist Kreisjugendleiterin und Vorsitzende des Ausschusses „Ehrenamtlicher Dienst“ im DRK Kreisverband Berlin Schöneberg Wilmersdorf. Professor Jörg Maywald ist Experte für Kinderrechte und -schutz und unter anderem Honorarprofessor für Kinderrechte und Kinderschutz an der Fachhochschule Potsdam. Ich bedanke mich sehr für das Gespräch und freue mich, dass Sie bei mir waren. Danke Herr Maywald, Danke Frau Kyeck. #00:47:50#

Jörg Maywald: Gerne. Vielen Dank für die Einladung.

Antonia Kyeck: Ich bedanke mich auch. Vielen Dank. #00:47:56#

Annegret Richter: Auch zum Finale dieser Staffel in der nächsten Episode werden wir einen sehr interessanten Gast haben. Ich habe es eingangs erwähnt, dass die neue Bundesfamilienministerin Anne Spiegel sich ausgewählten Fragen und Positionen von Gesprächspartner:innen bisheriger Folgen und aus dem Team von Kommune 360 Grad stellen wird. Die Sonderfolge mit Anne Spiegel wird nach einer kurzen Pause Ende April erscheinen. Wir denken schon über die nächste Staffel nach, weshalb wir von Kommune 360 Grad Ihnen dann einen Ausblick darüber geben werden, wie es mit dem Podcast und der nächsten Staffel weitergeht. Wie immer sollte jeder, der nicht die nächste Folge verpassen will, am besten den Podcast abonnieren. Das können Sie überall tun, wo es gute Podcasts gibt. Das ist Apple Podcasts, Spotify oder Google

Podcast. Der Kommunen Podcast ist ein Podcast von Kommune 360 Grad, eine Initiative der gemeinnützigen PHINEO Ag, der deutschen Kinder- und Jugend Stiftung und der Auridis Stiftung. Ich würde mich persönlich freuen, wenn Sie das nächste Mal wieder dabei wären. Tschüss und auf Wiedersehen sagt Annegret Richter. #00:49:08#

Der Kommunenpodcast. Zukunftsthemen für kommunale
